Morgen-Ausgabe B.

Leipziger Tageblatt und Handelszeitung.

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Bezugs-Preis

Für Leipzig und Vororte durch unsere Träger und Spediteure ins Haus gebracht: Ausgabe A (nur morgens) vierteljährlich 3 M., monatlich 1 M., Ausgabe B (morgens und abends) vierteljährlich 4.50 M., monatlich 1.50 M.
Durch die Post bezogen (2 mal täglich) innerhalb Deutschlands und der deutschen Kolonien vierteljährlich 5.25 M., monatlich 1.75 M. ausschl. Postbestellgeld, für Oesterreich 9 K 66 h, Ungarn 8 K vierteljährlich.
Abonnement-Annahme: Augustusplatz 8, bei unseren Trägern, Filialen, Spediteuren und Annahmestellen, sowie Postämtern und Briefträgern.
Die einzelne Nummer kostet 10 Pfg.
Redaktion und Expedition: Johannisgasse 8.
Telephon Nr. 14692, Nr. 14693, Nr. 14694.
Berliner Redaktions-Bureau: Berlin NW. 7, Prinz Louis Ferdinand-Straße 1. Telephon I, Nr. 9275.

Anzeigen-Preis

Für Inserate aus Leipzig und Umgebung die 6gespaltene Petitzeile 25 Pf., finanzielle Anzeigen 30 Pf., Reklamen 1 M.; von auswärts 30 Pf., Reklamen 1.20 M.; vom Ausland 50 Pf., finanz. Anzeigen 75 Pf., Reklamen 1.50 M.
Inserate v. Behörden im amtlichen Teil 40 Pf.
Beilagegebühr 5 M. p. Tausend exkl. Postgebühr. Geschäftsanzeigen an bevorzugter Stelle im Preise erhöht. Rabatt nach Tarif. Festerteilte Aufträge können nicht zurückgezogen werden. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Garantie übernommen.
Anzeigen-Annahme: Augustusplatz 8, bei sämtlichen Filialen u. allen Annoncen-Expeditionen des In- und Auslandes.
Haupt-Filiale Berlin: Carl Duncker, Herzogl. Bayr. Hofbuchhandlung, Lützowstraße 10. (Telephon VI, Nr. 4603).

Nr. 277. Sonntag 6. Oktober 1907. 101. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

* Reichskanzler Fürst Bülow ist gestern mittag in Berlin eingetroffen und präsidierte einer Sitzung des Staatsministeriums.

* Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Tschirschky und Bögendorff tritt von seinem Posten zurück und wird Botschafter, wahrscheinlich in Rom. Als Nachfolger Tschirschkys wird Graf Bernstorff, bisher Generalkonsul in Kairo, genannt.

* Gestern nahmen die Verhandlungen des nationalliberalen Parteitages ihren Anfang. (S. bes. Art. u. Ber.)

* Der Entwurf eines Gesetzes zur Reform des Zivilprozeßrechtes erscheint im „Reichsanzeiger". (S. Dtschs. R.)

* Freiherr v. Marschall hielt gestern im Haag eine Rede gegen das allgemeine internationale Schiedsgericht. (S. Friedenskonf.)

* Gestern lief der Panzerkreuzer „Dresden" auf der Werft von Blohm & Voß vom Stapel. (S. Letzte Dep.)

Schwarze Maulwürfe.

Immer deutlicher tritt es zutage, daß die Besiegten vom 25. Januar dieses Jahres die Ultramontanen sind. Zwar jubelte damals die Zentrumspresse, daß ihre Partei bei den Reichstagswahlen keinen Schaden erlitten habe. Die Sozialdemokratie allein bezahle die Wahlkosten. Die schwarze Fraktion sei in unverminderter Stärke in den Wallotbau zurückgekehrt. Aber das war nur Spiegelfechterei. Zahlenmäßig mag die Zentrumspartei noch heute als die stärkste im Reichstag erscheinen, aber wie man die Konservativen einst die kleine, aber die mächtige Partei genannt hat, so kann man heute, wenn man lediglich an den parlamentarischen Einfluß der Parteien denkt, von der Zentrumspartei als der größten, aber zugleich als der einflußlosen reden. Und niemand empfindet das mehr und bitterer als die Zentrumspartei selbst. Sie haßt darum die parlamentarische Macht, die sie um ihren entscheidenden Einfluß gebracht hat und haßt den, der sich dieser Macht bedient. Sie haßt die konservativ-liberale Blockpolitik und den Reichskanzler Fürsten Bülow. Kein Wunder, daß das Zentrum jetzt alles daran setzt, um im Kampf gegen den Block und den Fürsten Bülow die verlorene Position der einflußreichsten Reichstagsfraktion wieder zu gewinnen.

Erst ging man offen vor. Man empfahl sich in der Spahnschen Flottenrede als den zuverlässigen Bundesgenossen der Regierung bei der dringend notwendigen Flottenverstärkung. Vergeblich! Bülow ergriff die ihm allzu deutlich hingestreckte Hand nicht. Er bekannte sich statt dessen wieder und wieder zur Blockpolitik. Unter den vielen Parlamentariern und journalistischen Vertretern, die er in Norderney empfing, war keiner von der Zentrumspartei. Und so wenig der Liberalismus bis jetzt zufrieden sein darf mit dem, was zu seinen Gunsten als Frucht der Blockpolitik zutage gefördert wurde, die Anerkennung muß er dem Reichskanzler zollen, daß er bisher das Liebeswerben des Zentrums zurückwies und an der, freilich noch viel zu stark konservativ gefärbten Blockpolitik festhielt.

Um so stärker wütet der Haß in den Zentrumskreisen gegen den Block und seine ministeriellen Förderer. Davon haben die letzten vierzehn Tage reichlich Proben gezeigt. Man ist auf ultramontaner Seite zu der alten Maulwurfsarbeit zurückgekehrt, mit der man durch Verdächtigungen Bülows und der Blockparteien das Vertrauen nicht zuletzt des Kaisers selbst, aber auch weiter Volkskreise in die neue parteipolitische Konstellation zu erschüttern sucht. So operierte die „Germania", das klerikale Berliner Organ, mit etwa folgenden Thesen:

In Zukunft muß man neben den König von Gottes Gnaden in den Einleitungsworten der Gesetze setzen: und die Freisinnigen. Die preußische Regierung ist noch nie so schlapp gewesen, wie heute. Kein Reichskanzler war so abhängig von den Parteien, wie Fürst Bülow. In Hofkreisen ist man über die neue Art der Regierung verschnupft. Ein Prinz soll gesagt haben, was denn aus der Hohenzollerndynastie noch werden solle, wenn in Norderney alles gemacht werde.

Es bedarf keiner Worte, um zu erläutern, auf wen diese Angriffe berechnet sind, auf wen sie Eindruck machen sollen. Wem das aber noch nicht deutlich genug war, den konnte ein weiterer Artikel der „Germania" aufklären. Sie grub die Verhandlungen über die die auswärtige Politik betreffende Interpellation des Abg. Bassermann in der Reichstagssitzung vom 14. November 1906 aus, in der der nationalliberale Führer bei aller Loyalität der Krone gegenüber doch auf die Nachteile eines zu persönlichen Regiments hinwies. Damals ist es der Zentrumspartei nicht eingefallen, gegen den Reichskanzler zu polemisieren, weil er Bassermann nicht scharf genug geantwortet habe. Im Gegenteil — Herr Spahn, der damals in der Sitzung zu Worte kam, ließ davon nicht nur nichts merken, er trat dem Kanzler durchaus freundlich gegenüber. Das Rätsel ist leicht zu lösen. Damals war eben das Zentrum noch Regierungspartei und sah in Bülow einen ihm genehmen Reichskanzler. Jetzt hat sich das Blatt gewendet. Das Zentrum steht im Schatten. Die Blockparteien stehen auf seiten der Regierung. Darum empfindet jetzt auf einmal die „Germania", daß Bülow damals nicht korrekt gehandelt, daß er Bassermann nicht scharf entgegnet habe. Sie schreibt:

> Der Reichskanzler ging auf die ihm unangenehmen Dinge gar nicht ein, wie er es auch sonst in seinen Reden beliebte. Er hat durch seine ganze Rede gezeigt, daß er ein guter Diplomat ist; denn das Hauptstück eines guten Diplomaten besteht nach seinen Worten darin, „daß er im richtigen Moment zu schmeicheln und im richtigen Moment einen Fußtritt zu geben versteht." Danach hat er auch in der inneren Politik gehandelt.

So wird's gemacht. Daran erkennt man die Klaue des Löwen — o nein — pardon, die spitzen Finger der Jesuiten. Maulwurfsarbeit! Darin sind sie immer Meister gewesen, die Jünger Loyolas. Darin eifern ihnen die Gesinnungsgenossen in der Zentrumspresse nach. Nur sind die Fäden dieser Intrigen im Norden nicht so fein gesponnen wie in romanischen Ländern. Man sieht die Maulwurfsgänge nur allzu deutlich. Diese wenigstens, die hier gebaut wurden. Wer weiß aber, ob nicht verborgenere inzwischen schon gegraben wurden — noch näher am Hof!

Das eine ist sicher — dem Zentrum lastet die Blockpolitik schwer auf dem Herzen, und wo es dem nicht offen Luft macht, arbeitet es im geheimen um so eifriger, die Tage wieder zurückzuführen, in denen es mit seiner Politik „Trumpf" war, in denen es sich in seiner schwarzen Nebenregierung so wohl fühlte.

Der Kanzler ist nach diesen Proben journalistischer Zentrumskunst gewarnt. Die Blockparteien ebenfalls. Beide sind dem Zentrum gegenüber aufeinander angewiesen. Möge das der Reichskanzler bedenken, wenn es gilt, aus der konservativ-liberalen Paarung etwas zu machen, wozu die kommende Reichstagstagung Gelegenheit genug bieten wird. Die liberalen Parteien aber werden, wie der Verlauf all ihrer Parteiversammlungen in letzter Zeit zeigt, die Blockpolitik nicht leichtsinnig auf das Spiel setzen — dem Zentrum zuliebe. Nur die Regierung kann den Block sprengen, wenn sie ihn nicht ehrlich auch in Rücksicht auf den Liberalismus zu achten weiß. Dann aber würde sie die schwarze Maulwurfsarbeit selbst mit Erfolg krönen und der Reichskanzler würde in eigener Person das erste Opfer dieser Maulwurfsarbeit sein.

Vom nationalliberalen Parteitag.

Stimmungsbild.

(Telegraphischer Bericht.)

s. **Wiesbaden**, 5. Oktober.

Der Nationalliberale Parteitag ist von etwa 1000 Vertretern besucht und hat damit die höchste Frequenz aller bisher abgehaltenen Parteitage erreicht. Die Stimmung ist nach den überaus geschickten und vom Sinne gegenseitiger Versöhnlichkeit zeugenden Beschlüssen in Sachen der junaliberalen Einigungsfrage direkt enthusiastisch und unzweifelhaft für eine nachdrückliche Betonung des liberalen Moments eingenommen. Die Hauptsache dazu hat die heutige Rede Bassermanns beigetragen, die eine politische Tat war. Durchzogen von wahrhaft freiheitlicher Gesinnung, umfaßte sie das ganze große Gebiet unserer inneren Politik und forderte herzhaft Berücksichtigung der liberalen Notwendigkeiten, die einfach aus der Entwicklung unseres Volkslebens entsprängen. Unter stürmischem Beifall forderte Bassermann eine gründliche Reform des preußischen Wahlrechts, die eine neue Wahlkreiseinteilung und die geheime Stimmenabgabe bringen müsse. Ferner wies er auf die Notwendigkeit einer Justizreform im modern-liberalen Geiste hin und verlangte als dringendste Aufgabe die sofortige Reform der Bestrafung Minderjähriger und die Abschaffung des mittelalterlichen Zeugniszwangsverfahrens gegen die Presse. Auch den Ausbau der Flotte forderte er und eine Modernisierung in der Auswahl der Beamten, besonders der Diplomaten. Nur die Tüchtigsten sollten regieren, alle anderen Rücksichten seien Ballast. Die offenbar von der Geschlossenheit der Partei günstig beeinflußte Rede erinnerte vielfach an die Dresdner Parteitagsrede Bassermanns. Was vielleicht Bedenken erregen könnte, war die unseres Erachtens etwas optimistische Auffassung der Geneigtheit der Regierung zu liberalen Konzessionen. Mit demselben Optimismus betrachtete Bassermann auch den letzten Ministerwechsel, die Ersetzung Pojadowskys durch Bethmann-Hollweg. Hoffentlich gibt die Zukunft Bassermann recht. Das hauptsächlichste Ergebnis des Tages war die Annahme einer Flotten- und einer Justizreform-Resolution. In der Diskussion führte die Rede des Straßburger Professors von Calker eine überwältigende Kundgebung für eine liberale Justizreform herbei. Es war eine glänzende Rede, in der das Wort von den „orthodoxen Juristen" geprägt wurde. Dem Worte messen wir eine durchschlagende Kraft bei.

Bei dem am Sonnabend abend abgehaltenen Festkommers hielt Justizrat und Reichstagsabgeordneter Dr. Junck in bester Laune eine zündende Rede auf die Damen.

Aus Leipzig sind folgende Vertreter in Wiesbaden anwesend: Regierungsbaumeister Baer, Eisenbahnassistent Bauer, Lehrer Glauß, Justizrat Geniel, Landtagsabgeordneter Franz Gontard, Kommerzienrat Hahenicht, Justizrat Häbler, der Vorsteher des Verbandes deutscher Handlungsgehilfen Hiller, Reichstagsabgeordneter Justizrat Dr. Junck, Kaufmann Pielert, Kaufmann Posern, Amtsrichter Dr. Rudolph, Lehrer Seidemann und Generalsekretär Dr. Westenberger.

Der Wortlaut der angenommenen Resolutionen ist folgender:

I) Der Allgemeine Vertretertag der nationalliberalen Partei erwartet von der nationalliberalen Fraktion des Reichstages, daß sie nach wie vor mit aller Entschiedenheit für die nötige Stärkung und den weiteren Ausbau unserer Flotte unter tunlichster Beschleunigung desselben eintritt. Der Vertretertag hält es insbesondere für durchaus erforderlich, daß unsere Neubauten den Neubauten anderer Staaten in bezug auf Größe, Armierung und Schnelligkeit mindestens gewachsen sind, und daß die Altersgrenze der Linienschiffe herabgesetzt wird.

II. Die Durchführung der Revision der Strafgesetzgebung ist eine Kulturaufgabe, deren baldige und gründliche Lösung von dem ganzen deutschen Volke ersehnt wird. Bei der Revision ist als richtunggebendes Ziel ins Auge zu fassen, daß in höherem Maße als dies heute der Fall ist, den rechtlichen und sittlichen Anschauungen unserer Zeit und unseres Volkes Rechnung getragen werden muß. Was die an erster Stelle in Angriff zu nehmende Revision des Strafverfahrens anbetrifft, so ist erforderlich eine Beteiligung des Laienelements in allen Gerichten der ersten und der Berufungsinstanz, die allgemeine Einführung der Berufung, die Einschränkung des Legalitätsprinzips, der Schutz der Zeugen gegen verletzende Behandlung und ehrgefährdende Fragestellung, die Ausdehnung der Rechte des Beschuldigten und der Verteidigung, vor allem im Falle der Verhängung der Untersuchungshaft.

III. Der allgemeine Vertretertag spricht die Erwartung aus, daß das in Aussicht stehende Gesetz betr. das Reichsvereins- und Versammlungsrecht in freiheitlichem Sinne gestaltet werden und insbesondere die in den einzelnen Bundesstaaten bestehenden Freiheiten keine Einschränkung erfahren werden.

IV. Der Allgemeine Vertretertag spricht die Ueberzeugung aus, daß die Fortführung einer kraftvollen Politik der preußischen Regierung gegen das andrängende Polentum eine dringende Notwendigkeit im Interesse des gesamten deutschen Volkes ist."

Ausführlicher Bericht s. an anderer Stelle, umfaßt aber bisher nur die Rede Bassermanns.

Keir Hardie und Swaraj.

(Von unserem Londoner K.-Korrespondenten.)

Mit „Bande Mataram", ihrem revolutionären Heilruf, haben die Hindu-Studenten von Ostbengalen Keir Hardie, den britischen Bebel, begrüßt. Die Bande Mataram-Rufe waren so laut, daß die feindlichen Mohammedaner sich bei den Polizeirichtern beschwerten, sie würden in ihren Gebetsübungen gestört. Anders klingen die Ausrufe, mit denen die englische Presse die Tätigkeit des eigentlich auf einer Rekonvaleszentenreise begriffenen sozialistischen Feuerkopfes in das bengalische Aufruhrgebiet begleitet. Der „Standard" macht den schottischen Draufgänger darauf aufmerksam, daß es Mittel und Wege gibt, auch Parlamentsmitglieder selbst der Regierungsmajorität zum Schweigen zu bringen. Der „Standard" hält es zwar für fraglich, ob Keir Hardie schon das indische Strafgesetz verletzt hat, das für „Erregung von „disaffection" (Abneigung) gegen die gesetzlich in Britisch-Indien etablierte Regierung" u. a. lebenslängliche Transportation vorsieht, meint aber, daß der Demagog doch bedenklich dicht am Winde segle. Fast alle Konservativen begrüßen diese erste Gelegenheit, die Mr. Morley, der Staatssekretär für Indien, ihnen gibt, um ihn der strafbaren Nachsicht gegen den Sozialismus anzuklagen. Freilich ist es eine sehr schwächliche Ausrede, wenn die radikalen Organe einfach von falschen Berichten sprechen. Was die „Times" in starken Ausdrücken zu Keir Hardies Charakteristik sagen, ist ihnen als nur zu richtig bekannt. „Indem er Ostbengalen zur Schaustellung seiner demagogischen Fähigkeiten aussuchte, hat er schlagend bewiesen, daß unsere Einschätzung seiner verbrecherischen Unwissenheit oder seiner noch mehr verbrecherischen Unbedenklichkeit nur zu gerecht gewesen ist."

Mr. James Keir Hardie ist von Haus ein schottischer Grubenarbeiter. Von seinem siebenten bis zu seinem vierundzwanzigsten Jahre arbeitete er unter Tage. Er ist 51 Jahre alt. Ein Mann von robuster Konstitution, geistig wie körperlich. In der Politik ist er so entschlossen und zähe, wie nur der schottischste Schotte es sein kann, leider aber auch hoffnungslos unpraktisch. In den Lohnkämpfen der Bergleute von Ayrshire brachte er es zum Präsidenten von deren Gewerkverein und 1892 zum Abgeordnetenmandat. Sein Einzug in das House of Commons war bezeichnend: Er geschah an der Spitze eines langen Zuges von Gefolgsleuten, mit Wagen und Bannern und — einer Blechkapelle. Im Unterhaus macht man im allgemeinen elegante Toilette und trägt stets den Zylinder, mit dem man sich bedeckt, wenn man Anträge stellt. Keir Hardie erfüllte diese Funktionen mit seiner Spessartmütze. Mit diesen protzigen Proletariermanieren harmoniert sein politisches Auftreten. Sein erster Wahlkreis hatte ihn nach 3 Jahren satt, und seine radikalen Freunde freuten sich am meisten über seine Niederlage. Er wurde dann von den walisischen Kohlengräbern in Merthyr Tydfil ins Parlament geschickt und ist die rastlose Seele der sozialistischen Fraktion. Temperänzler mit Leidenschaft, Autodidakt, ein grober, aber klarer Sprecher in ausgezeichnetem Englisch, das er nur durch eine für historisch gehaltene, eigenrichtige Aussprache entstellt, ungeheuer belesen und außerordentlich schlagfertig, extrem in allem, was er anpackt, ist dieser Mann in einem aufgeregten Lande sicherlich ein explosiver Topus, dessen Wirkung ganz davon abhängt, wie man ihn anfaßt. In der inneren englischen Politik hat es sich am besten bewährt, ihn nicht allzu ernst zu nehmen.

Keir Hardie hat von den namenlosen Grausamkeiten der Engländer in Ostbengalen gesprochen und die Hilfe der Sozialisten zur Befreiung der Bengalen in Aussicht gestellt. Das gleiche hat Bepin Chandra Pal, einer der beiden führenden Babu-Agitatoren, getan, teils durch Reden, teils durch Artikel in seiner Zeitung „Bande Mataram" („Heil Mutter Indien"), der verbreitetsten Vertreterin der Swaraj-Politik (Indien für die Inder). Pal bekam dafür in Kalkutta 6 Monate Gefängnis. Er hatte den Hindus erzählt, die Engländer seien außerstande, das Land weiter zu regieren; die Volksbewegung — die Hindus Bengalens zeichnen sich nicht gerade durch Tapferkeit aus, wie die Mohammedaner — sei nicht mit dem Bajonett abzuhalten. Der Gedanke an die indische Meuterei lasse die Engländer in ihren Schuhen erzittern. Die Milde der Regierung schien diese Furcht zu bestätigen. Diese Milde gestattete die Ausbreitung der Bewegung bis zu einem solchen Grade, daß selbst in Kalkutta die politischen Versammlungen trotz der polizeilichen Verbote auf dem Maidan, dem herrlichen Platz vor dem Regierungshaus, stattfanden, und die Hindumengen bei allen öffentlichen Anlässen statt der Nationalhymne „God save our glorious Pal!" zu singen pflegten. Von diesem Hintergrunde hebt sich Keir Hardies indische Agitationsreise ab. Sind nun die ungeheuerlichen Anklagen des Sozialistenführers wahr, oder sind sie ebenso kritiklos aus dunkler Quelle von gehässigen Gewährsmännern ohne Prüfung aufgelesen, wie in Deutschland seinerzeit gewisse Hunnenbriefe das Licht erblickten?

Es steht jedenfalls fest, daß ganz kürzlich erst eine von sämtlichen Maharajahs, Rajahs, Hemindars, Edelleuten und angesehenen Geschäftsleuten in Bengalen unterschriebene Erklärung in Kalkutta abgegeben wurde, in der das Vertrauen zur Loyalität der Mehrheit des Volkes ausgesprochen, und Hindus wie Mohammedaner aufgefordert wurden, an die tatsächliche Wahrheit zu denken, daß man der britischen Herrschaft, was auch immer ihre Mängel seien, die gegenwärtige Sicherheit von Leben und Eigentum, die Ausbreitung des Unterrichts und Indiens Fortschritt in der Richtung auf die moderne Zivilisation verdanke." Tatsächlich sind die Ergebnisse einer allzu ideal aufgefaßten, von drei indischen Administrationen in zu europäischer Form übertragenen Unterrichtserteilung an der Erregung schuld. Tatsächlich sind auch nicht die Brahminen, die geborenen Führer der Hindu, sondern die Babu die Agitatoren, denen der Kopf durch das Studium von Rousseau, Herbert Spencer und Mill verdreht worden ist. In Ostbengalen hat der Babu seinen größten Einfluß erreicht. Der Bengali Babu ist der gefährlichste. Ostbengalen, das landwirtschaftlich reichste Gebiet Indiens, mit seinem Jutemonopol und seiner dichten Bevölkerung importiert seine gesamte Arbeiterschaft aus anderen Teilen Indiens. Das ist bezeichnend für den Charakter des Hindu von Bengalen. Anderseits erklärt es, wie England die Provinz mit einer Handvoll Beamter, von denen einzelne Subalterne bis vier Millionen Menschen regieren, im Zaume halten kann. Infolgedessen haben aber auch die Agenten der eingeborenen Großgrundbesitzer und die Geldverleiher einen außerordentlichen lokalen Einfluß erlangt. Deren bedienen sich die Babus als ihrer Organe. Sie mußten das Geld liefern für die Opposition gegen die Teilung Bengalens, für die Kampagne in der hauptstädtischen Eingeborenenpresse und für den Swadeshi, den Boykott der englischen Waren, der jetzt allerdings seinem Ende zugeht. Vor allem aber floß aus dieser Quelle auch das Geld für die Organisation der „Nationalen Freiwilligen". Diese ist aus einem Turnverein hervorgegangen, den eine reiche Hindudame mit Hilfe europäischer Lehrer gründete, um der körperlichen Erschlaffung der Hindu einen Damm zu setzen. Heute sind die „Nationalen Freiwilligen" eine Art „schwarzer Hundert, ein terroristischer Geheimbund", der sich zuletzt gegen die bengalischen Mohammedaner richtete, als diese sich in die engländerfeindliche Bewegung nicht hineinziehen ließen. Die Mohammedaner sind in ganz Bengalen 26 Millionen, die Hindu fast 40 Millionen stark, in Ostbengalen haben die Mohammedaner die Mehrheit; deshalb die Teilung, als sich die Babu-Agitation zu stark zeigte. Die „Nationalen